

### 3. ÖSTERREICHISCH-TSCHECHISCHE HISTORIKERTAGE: „DIE 8ER JAHRE IN DER ÖSTERREICHISCHEN UND TSCHECHISCHEN GESCHICHTE DES 20. JAHRHUNDERTS“

Das Jahr 2008 bot viele Gelegenheiten zu Konferenzen, Tagungen und Publikationen zur Geschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei. Weniger beachtet wurde, dass die „8er Jahre“ auch in der Geschichte der Republik Österreich eine nicht unbedeutende Rolle spielen. „Die 8er Jahre in der österreichischen und tschechischen Geschichte des 20. Jahrhunderts“ standen deshalb im Mittelpunkt der 3. Österreichisch-Tschechischen Historikertage am 20. und 21. November 2008 in Waidhofen an der Thaya. Als Mitveranstalter der Waldviertel Akademie waren das Historische Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag (HU AV ČR), das Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung in Graz sowie das Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien beteiligt. Die Tagungsmacher hatten sich das Ziel gesetzt, die einzelnen Jahrestage nicht nur komparativ zu behandeln, sondern auch Wechselwirkungen zwischen den beiden Gesellschaften und Staaten zu beleuchten und zu hinterfragen. Dazu hatten sich 40 Histo-

riker und Historikerinnen aus Tschechien und Österreich im Schloss zu Waidhofen an der Thaya versammelt.

Das Programm begann chronologisch geordnet mit dem Jahr 1918, das überraschenderweise noch immer geeignet scheint, für teilweise polemische Diskussionen zu sorgen – vielleicht auch deshalb, weil die tschechoslowakische und die (deutsch-) österreichische Entwicklung sehr eng miteinander verwoben sind. Zdeněk Kárník (Prag) setzte in seinem breit angelegten Referat die „fünf Umstürze“ des Jahres 1918 in Beziehung zueinander: Den letztlich erfolgreichen tschechischen, den gleichsam in dessen „Windschatten“ verlaufenden slowakischen, die unterlegenen sudetendeutschen und ungarischen sowie den gescheiterten kommunistischen. Entgegen den weit verbreiteten, jetzt schon anekdotischen Erzählungen von einem von Musikkapellen begleiteten friedlichen Umbruch in Prag, der schlussendlich die Weichen für die staatliche Neuordnung der böhmischen Länder und der Slowakei gestellt habe, schilderte Kárník den Verlauf als extrem komplex und beim Kampf um die Slowakei sogar teilweise gewalttätig. Auch Richard Lein (Wien) wies in seinem Kommentar darauf hin, dass der gewaltlose Umsturz in Prag nur deshalb möglich gewesen sei, weil der österreichisch-ungarische Stadtkommandant ihn nicht von den in Prag kasernierten Truppen niederschlagen ließ.

Arnold Suppan (Wien) betonte den Stellenwert der außenpolitischen Faktoren für den Erfolg der tschechoslowakischen Staatsgründung. Zu der Frage nach dem Ausbleiben militärischen Widerstandes gegen das Vordringen der tschechoslowakischen Einheiten in die deutschböhmischen und deutschmährischen Städte und Ortschaften im November und Dezember 1918 verwies er auf die Tatsache, dass es sich dabei um Entente-Truppen gehandelt habe. Auf Kárníks Argumentation, dass die Forderung der deutschböhmischen politischen Repräsentanz nach „Selbstbestimmung“ politisch völlig unrealistisch gewesen sei, erwiderte Suppan, diese hätten sich den Grundsatz vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ erst nach dessen Prägung durch US-Präsident Wilson zu eigen gemacht. Ota Konrád (Prag) verwies in seinem Kommentar auf die antiösterreichische Stimmung in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, die einer der Gründe dafür gewesen sei, dass die Beziehungen zwischen den beiden Republiken trotz teilweise übereinstimmender Interessen nie besonders innig geworden seien.

Im Zentrum der Ausführungen von Jan Němeček (Prag) und Harald Knoll (Graz) zum Jahr 1938 stand die Frage nach den Handlungsspielräumen der unter den Druck des nationalsozialistischen Deutschland geratenen tschechoslowakischen und österreichischen Regierungen. Ihrer außenpolitischen Schutzmächte beraubt, hätten sie kaum noch Handlungsalternativen besessen. Knoll warf darüber hinaus die grundlegende Frage auf, ob, unter welchen Umständen und ab welchem Zeitpunkt bestehende staatliche Grenzen als unverrückbar anzusehen seien. Damit hänge auch die Frage zusammen, inwieweit Autonomierechte für Minderheiten den Zerfall oder die Zerschlagung eines multinationalen Staates verhindern könnten. Die beiden Kommentatoren, Jaroslav Šebek (Prag) und Hildegard Schmoller (Wien), gingen auf die Rezeption und die Nachwirkungen des Jahres 1938 in den beiden Ländern ein. So verwies Šebek auf die Diskussion rund um die Kriegsvergangenheit des ehemaligen österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim im Österreich der 1980er

Jahre, die eine größere gesellschaftliche Tiefenwirkung entwickelt habe als das „Revolutionenjahr“ 1968. Schmoller thematisierte den Komplex „München“ im tschechischen Geschichtsbild und skizzierte die daraus hergeleiteten Topoi der „geopferten“, „bedrohten“ und „kampfbereiten, tapferen“ Nation, die abhängig von der Interessenlage und machtpolitischen Konstellationen in den Jahrzehnten danach Verwendung gefunden hätten. In Österreich dagegen seien nach 1945 zwar „Anschluss“ und „München“ als Schritte hin zum Weltkrieg interpretiert worden, eine direkte Analogie zum Schicksal der Tschechoslowakei habe man aber nicht hergestellt. In seinem Abendvortrag erläuterte Karl Peter Schwarz, Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Prag, anhand einiger „8er Jubiläen“ die unterschiedliche Bedeutung, symbolische Aufladung und Rezeption dieser Anlässe.

Am zweiten Tag wurden die Jahre 1948 und 1968 diskutiert. David Schriffl (Wien) skizzierte in seinem Referat neue Aspekte der Besatzungsproblematik im Nachkriegs-Österreich. Der „Coup de Prague“ habe, so Schriffl, auch auf Österreich unmittelbare Auswirkungen gehabt. Die Westalliierten hätten die Verhandlungen über einen Truppenabzug und den Staatsvertrag aus Angst vor einer Machtübernahme durch die KPÖ vorerst eingestellt. Darüber hinaus habe sich die Koalition zwischen ÖVP und SPÖ verfestigt, während linkssozialistische Kräfte dramatisch an Einfluss verloren. Jiří Kocian (Prag) zeichnete die Entwicklungslinien nach, die zum Februarumsturz 1948 in der Tschechoslowakei führten. Sein Beitrag rief einigen Widerspruch hervor. Kritisch angemerkt wurde unter anderem eine zu sehr auf die Rolle der politischen Parteien konzentrierte Sicht der Entwicklung, die jedoch nicht ohne den nach 1945 in der Tschechoslowakei unter dem Schlagwort der „nationalen und demokratischen Revolution“ erfolgten Umbau der ethnischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen erklärt werden könne. Erneut wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit die „Dritte Republik“ nicht nur als Präludium für die nachfolgenden Entwicklungen verstanden werden könne.

Den Gegenstand eines kontrovers diskutierten letzten Blockes bildete das Jahr 1968, wobei eindeutig die Ereignisse in Prag und deren Rezeption bzw. die Wechselwirkungen mit Österreich im Mittelpunkt standen. Die „heiße Viertelstunde“ (Fritz Keller) des Jahre 1968 in Österreich wurde hingegen kaum diskutiert. Jan Pauer (Bremen) wies in seinem Referat auf die Wechselbeziehung zwischen dem Reformflügel der KP/Tsch und der Gesellschaft hin. In der Zeit von Januar bis August 1968 habe eine breite Interessenkoalition bestanden; erst der Einmarsch der Armeen des Warschauer Paktes habe neue Konfliktkonstellationen geschaffen. Ausführlich ging Pauer auch auf die Rezeption des „Prager Frühlings“ sowohl während der „Normalisierung“ als auch nach dem Jahr 1989 ein. Der Referent erkannte in der radikal negativen Stimmung, die den Reformern von 1968 spätestens nach der Trennung von der Slowakei in der Tschechischen Republik entgegengeschlagen sei, auch politisches Kalkül der tschechischen politischen Rechten auf ihrem Weg hin zu einer „Marktwirtschaft ohne Adjektive“. Zugleich verwies er darauf, dass sowohl der tschechische Reformkommunismus als auch der mediterrane Eurokommunismus eher Begleiterscheinungen des Niedergangs des „real existierenden Sozialismus“ als der Nukleus eines neuen Sozialismus gewesen seien. Keine einzige relevante politische Kraft habe sich nach 1989 auf sein Erbe berufen. Stefan Karner (Graz)

ging zunächst auf die Rolle der USA ein, sprach dann über die Phasen der Entscheidungsfindung im Kreml bis zur Okkupation und skizzierte die Reaktion der damals in Österreich allein regierenden ÖVP auf die militärische Niederschlagung des „Prager Frühlings“. Besonders kontrovers diskutiert wurde schließlich die Frage, ob sich auch (ost-)deutsche Einheiten in irgendeiner Form am Einmarsch beteiligt hätten. Dies wurde für die Nationale Volksarmee verneint, konnte aber für die Polizeitruppen oder Geheimdienste nicht eindeutig beantwortet werden. Auch die Rolle des damaligen österreichischen Botschafters in Prag, Rudolf Kirchschläger, und des Außenministers Kurt Waldheim im Rahmen der Visa-Vergabe an in die österreichischen Vertretungen geflüchteten Tschechen und Slowaken wurde diskutiert. Beide Akteure bekleideten in ihrer späteren Laufbahn das höchste Amt, das die Republik Österreich zu vergeben hat, nämlich das des Bundespräsidenten.

Die Zusammenschau der dramatischen Jahre mit der Acht in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, die bei den diesjährigen Österreichisch-Tschechischen Historikertagen untergenommen wurde, hat einige neue Perspektiven auf gut bekannte Themen erbracht – aber auch die erstaunliche Erkenntnis, dass alte Konflikte und Differenzen in der Interpretation die Serie von Brüchen und Umbrüchen seit 1918 fast unbeschadet überdauert haben. Forschungsbedarf und Diskussionsstoff sind also auch nach einem dichten Konferenzjahr nicht erschöpft.